

Tagessp. 19.1.88

Bericht über Geheimverhandlungen über die Freilassung von Cordes

Iran soll Waffen von Bonn verlangt haben

Bonn/Bertrut (Reuter). Im Fall des vor einem Jahr im Libanon verschleppten deutschen Hoechst-Managers Rudolf Cordes hat es nach Berichten aus hochrangigen moslemischen Sicherheitskreisen in Beirut dreimonatige Geheimverhandlungen gegeben. Ein Handel zur Freilassung von Cordes sei aber Ende Dezember nach Waffen eingeschaltet habe.

Dazu erklärte Regierungssprecher Ost am Wochenende in Bonn, die Bundesregierung habe bereits durch eine „unzweideutige Haltung“ deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sei, sich auf einen Handel mit den Entführern einzulassen.

Der Beirut-Informant, dessen Angaben sich in der Vergangenheit bereits als zuverlässig erwiesen haben, berichtete, Iran habe sich buchstäblich in letzter Minute in die Verhandlungen mit den Entführern eingeschaltet, mit der die Freilassung von Cordes und des ebenfalls im Libanon verschleppten amerikanischen Journalisten Terry Anderson habe erreicht werden sollen. Iran habe erklärt, dem

Handel nur unter der Bedingung zustimmen zu wollen, wenn die Bundesrepublik im Gegenzug dazu den Iran mit Waffen, waffenfähigen Chemiestoffen und Ersatzteilen beliefern.

Dem Beirut-Informanten zufolge verhandelte damals im Auftrag Bonn's ein in der Bundesrepublik lebender Libanese, ein schiitischer Moslem, direkt mit den Entführern in Libanon. Es sei ein Lösegeld in Höhe von drei Millionen Dollar verlangt und die Freilassung des in Frankfurt inhaftierten mutmaßlichen Flugzeugführers Mohamed Ali Hamadi gefordert worden. Außerdem sollte ein Beweis erbracht werden, daß 17 in kuwaitischer Haft einsitzende arabische Extremisten noch am Leben und in guter gesundheitlicher Verfassung seien.

Die Bundesrepublik Deutschland verwelgte die neue iranische Forderung, und der Vermittler, der glaube, Cordes zurückbringen zu können, flog in der letzten Dezemberwoche von Beirut aus über Damaskus zurück, berichtete der Informant.

AA000096

Augsburg — Iran

Illegaler Waffenexport einer US-Firma zugegeben

Aus München Wolfgang Krach

Die in Augsburg ansässige Flugzeug-Vertriebsfirma „Beechcraft Vertrieb und Service GmbH“ hat nach Eingeständnis ihres Geschäftsführers und Alleingesellschafters Hans Schneider 1985 illegal Navigationsgeräte für Kampfhubschrauber und andere Waffensysteme von den USA in den Iran geschleust und damit möglicherweise gegen das Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen. Im kalifornischen San Diego hat deshalb die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Schneider sowie zwei frühere „Beechcraft“-Beschäftigte erhoben. Die Anklage soll auf verbotenen Export von Rüstungsgütern, Falschaussage und Verabredung zu einer Straftat lauten. Die Augsburger Staatsanwaltschaft sowie die Kriminalpolizei Augsburg haben Vorermittlungen aufgenommen.

„Beechcraft“ soll die Radarinstrumente über Augsburg in den Iran gebracht haben, der damals bereits Krieg gegen den Irak führte. Die Geräte standen auf der „United States Munitions List“, einer Liste verbotener Kriegswaffenexport-Güter. Statt die Elektronikteile — wie angegeben — in Hubschrauber des Ottobrunner Rüstungskonzerns (MBB) einzubauen, schaffte „Beechcraft“ sie offensichtlich von Augsburg sofort nach Teheran, möglicherweise über die Türkei.

Nach eigenen Aussagen hat

Schneider selbst „mit der Sache überhaupt nichts zu tun“. Das ganze Geschäft hätten der frühere „Beechcraft“-Mitgeschäftsführer Bernd Pleuger und der damalige Verkaufsleiter der Firma, Jürgen Zimmermann, hinter seinem Rücken abgewickelt.

Von März 1985 bis Januar 1987 führten Schneider und Pleuger die Geschäfte von „Beechcraft“ gemeinsam. Er habe erst im November 1986 von dem Handel erfahren, so Schneider. Daraufhin habe er Pleuger und Zimmermann sofort entlassen. Dagegen halten die Staatsanwälte in den USA Schneider selbst für den Drahtzieher des Handels.

TAZ, 7.5.88

AA000095